Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

04.06.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 4. Juni 2018, im Sozio-kulturellen Zentrum St. Spiritus

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:23 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann

Frau Bettina Bruns

Herr Dr. Jörn Kasbohm

in Vertretung von Herrn Jan Evers

Frau Yvonne Görs

Herr Heiko Jaap

Herr Dr. Andreas Kerath

Herr Markus Kolbe

Herr Jörg König

Herr Alexander Krüger

Herr Thomas Mundt

Frau Carola Rex

in Vertretung von Herrn Walter Noack

Herr Dr. Sascha Ott

Frau Birgit Socher

Herr Dr. Rainer Steffens

Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Herr Dr. Stefan Fassbinder

Frau Jeanette von Busse

Herr Winfried Kremer

Herr Fred Wixforth

Herr Gero Maas

Herr Achim Lerm

Frau Sylvia-Sabine Kaeß

Frau Katrin Teetz

Frau Franziska Willert

Frau Dr. Agnes Oestreich

Frau Angela Baas

Gäste

Frau Anita Weiß – Seniorenbeirat
Vertreterin der Ostseezeitung

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstelle für die Beantragung und Umsetzung von EU-finanzierten Projekten (Europa-Lotse)
Der Oberbürgermeister
- 6.2. Stammkapitalerhöhung der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) aus Gesellschaftsmitteln
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.3. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3 und § 47 Abs. 2 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V
Dez. I, Amt 20
- 6.4. Information über die Herausgabe des Immobilienberichtes 2017
Dez. II, Amt 23
- 6.5. Information zum Prüfauftrag der Verwaltung zur Vorlage Verbilligungsrichtlinie der SPD-Fraktion vom 17.07.2017
Dez. II, Amt 23
- 6.6. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft
Dez. II, Amt 23
- 6.6.1. Änderungsantrag zur Vorlage „Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft“ 06/1461
Dr. Ulrich Rose, Fraktion DIE LINKE
- 6.7. Betreibung des Strandbades Eldena
Dez. II, Amt 23
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Auf die Tagesordnung soll zusätzlich die Tischvorlage „Platzkosten/Elternbeiträge ab 06/2018 – Abschluss von verhandelten Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V“ gesetzt werden.

Die Dringlichkeit ist geboten, so Herr Lerm, da ab Juni 2018 die Platzkosten/Elternbeiträge greifen sollen.

Die Vorlage wird unter TOP 6.1 eingeordnet, weil Herr Lerms Anwesenheit noch in einem anderen Ausschuss notwendig ist.

Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2018

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Keine

Herr Jaap tritt der Sitzung bei.

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Platzkosten/Elternbeiträge ab 06/2018 – Abschluss von verhandelten Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V

Herr Lerm bittet um Zustimmung, die Platzkosten und Elternbeiträge, bedingt durch den Tarifabschluss TVöD im Bereich der sozialpädagogischen Fachkräfte (3,11 %), ab dem 1. Juni 2018 anzupassen. Bei dieser Anpassung wird versucht, durch entsprechende

Einspareffekte nicht die komplette Tarifierhöhung umzulegen.

Auf Nachfrage zu den Kostensteigerungen im Halbzeit- und Teilzeitbereich erklärt Herr Lerm, dass diese prozentual höher ausfallen, da die Sachkosten zu gleichen Teilen auf alle Plätze umgelegt werden (jemand, der ganztags da ist, zahlt die gleichen Kosten, wie jemand, der halbtags da ist).

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.2. **Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstelle für die Beantragung und Umsetzung von EU-finanzierten Projekten (Europa-Lotse)**
06/1471

Herr Dr. Fassbinder bringt die Vorlage ein. Die Mittel für diese Beratungsstelle wurden in den Haushalt 2017/2018 bereits eingestellt. Die konkrete Umsetzung dieses Projektes hat länger gedauert, als ursprünglich geplant (nicht genehmigter Haushalt, ein Träger musste gefunden werden, vor Abschluss der Vereinbarung hat sich der Landkreis eingeklinkt). Die Beratungsstelle soll ansässigen Unternehmen, Vereinen, kleineren Gemeinden und Bürgern bei der Beantragung und Durchführung von EU-Förderprogrammen Hilfestellung geben. Die Kosten werden hälftig vom Landkreis getragen. Die Kooperationsvereinbarung sieht vorerst eine Laufzeit von 18 Monaten vor (mit Option auf Verlängerung bei Eintreten der erwarteten Effekte). Start soll der 1. Juli 2018 Jahr sein.

Auf Nachfrage, ob die eingerichtete EU-Fördermittelstelle bei der Stadt schon Erfolge erzielen konnte und ob diese Stelle auch als Beratungsstelle für alle fungieren könnte, erklärt Herr Dr. Fassbinder, dass diese Stelle nur für die Stadtverwaltung agiert und ausgelastet ist.

Nach Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 6.3. **Stammkapitalerhöhung der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) aus Gesellschaftsmittel**
06/1456

Es handelt sich hier um eine Umwandlung innerhalb des Eigenkapitals (ausgewiesene Kapitalrücklage und ausgewiesene Gewinnrücklage wird in Stammkapital umgewandelt und dient der Stärkung der Stadtwerke), so Frau Teetz.

Auf Nachfrage von Frau Bruns zu evtl. Auswirkungen auf eine Gewinnausschüttung erklärt Frau Teetz, dass mit Stand 2017 genügend Rücklagen vorhanden sind, die allerdings nur theoretisch ausgeschüttet werden können. Gewinnausschüttungen erfolgen in der Regel aus dem erwirtschafteten Ergebnis.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.4. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3 und § 47 Abs. 2 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V
06/1464

Auf Nachfrage erklärt Herr Maas, dass entgegen der Beschlussvorlage vom November 2017 (Festlegung der Wesentlichkeitsgrenze auf 100.000 EUR) jetzt die Wesentlichkeitsgrenze auf 500.000 EUR anzuheben. Die Maßnahme dient der Beschleunigung der Aufstellung und Feststellung der Jahresabschlüsse und soll bis zur Aufholung der Jahresabschlüsse nur vorübergehend sein.

Herr Dr. Kerath bittet bis zum Hauptausschuss um Ergänzung der Vorlage, welche Wertgrenzen andere Kommunen (Neubrandenburg, Rostock, Stralsund, Schwerin) festgelegt haben.

Herr Bleckmann unterbreitet den Vorschlag, vorbehaltlich der Diskussion und Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses, über die Vorlage zu beschließen. Dem Vorschlag wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.5. Information über die Herausgabe des Immobilienberichtes 2017
06/1462

Der Immobilienbericht liegt jedem Ausschussmitglied vor. In groben Zügen wird er von Herrn Kremer erläutert. Der Schwerpunkt liegt in der Kostensenkung und Einhaltung von Energiesparmaßnahmen. Als Ergebnis kann die Stadtverwaltung auf stabile Verbrauchskosten verweisen.

TOP 6.6. Information zum Prüfauftrag der Verwaltung zur Vorlage Verbilligungsrichtlinie der SPD-Fraktion vom 17.07.2017
06/1465

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.7. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft
06/1461

TOP 6.7.1. Änderungsantrag zur Vorlage „Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft“ 06/1461
06/1473

Die Tagesordnungspunkte werden zusammen behandelt.

Herr Dr. Kasbohm erläutert die drei Änderungsvorschläge, die bis zur Bürgerschaft eingearbeitet werden.

Herr Kremer ergänzt, dass die Verwaltung mit den Änderungsvorschlägen leben kann.

Über die Vorlage „Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft“ wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
6 Stimmenthaltungen

TOP 6.8. Betreibung des Strandbades Eldena

06/1460 Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Forum 17.4 hat eine Anmerkung zu der zu schaffenden Stelle eines Strandbadleiters. Der Strandbadleiter sollte nicht nur Konzepte erarbeiten, sondern diese Stelle sollte als Objektmanager verstanden werden.

Herr Bleckmann kritisiert die Kostenübersicht (Beispiel Markplatz: hier waren die Abschreibungen dabei); sie enthält keinerlei Investitionen, die vorgenommen werden müssen (weder die Strandaufspülung von ca. 200.000 EUR noch die Schilf- und Seegrasbeseitigung sind enthalten) - für eine Abwägung bzgl. Eintrittsgelder wäre es aber wichtig.

Frau Socher erklärt, dass diese Gelder momentan im Haushalt nicht darstellbar sind. Das Strandbad muss momentan so betrieben werden, wie es ist: es wird sauber gemacht und es wird für Ordnung gesorgt.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Kerath ist die Entgeltfreiheit längst überfällig, denn es ist zu beobachten, dass jetzt schon viele Besucher lieber unentgeltlich den Hundestrand besuchen. Die Stadt ist aber trotzdem in der Verantwortung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu garantieren.

Herr Kremer bezieht zu den aufgeworfenen Punkten Stellung: Die Strandaufspülung ist eine Kostenschätzung; Planungen dafür und für die Auskoffnung des Schilfes werden im nächsten Jahr beauftragt. Bezüglich Vermüllung/Vandalismus muss man die Entwicklung abwarten. Die Kontrolldichte wird geringer sein; die Variante eines Drehkreuzes wird in Betracht gezogen. Für die beabsichtigte Stelle eines Strandbadleiters ist eine maximale wöchentliche Arbeitszeit von 50 Stunden vorgesehen (3 - 4 Stunden vor Ort, restliche Zeit Bürostunden, Erklärung: er wird eingestellt für 30 Stunden/Woche, leistet aber im Voraus Stunden für die Winterzeit, deshalb max. 50 Stunden). Der nächtliche Zugang zum Strandbad ist noch ungeklärt.

Für einen kostenfreien Eintritt, aber nächtlicher Zusperrung, spricht sich die Ortsteilvertretung Eldena aus, so Frau Socher.

Frau von Busse ergänzt, dass man sich bewusst sein sollte, dass das Strandbad nicht mehr so sein wird, wie es jetzt bekannt ist. Eine Kontrolle mit dem Kostenbudget wird nur schwerlich möglich sein, die letztlich der Strandbadleiter alleine auch nicht leisten kann. Die Chance einer Ausschreibung für einen externen Betreiber ist aus Zeitgründen geschwunden.

Nach Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen

Herr Dr. Ott verlässt die Sitzung.

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Maas informiert zur Haushaltsplanung 2019/2020: Derzeit laufen die Haushaltsgespräche mit den Ämtern. Im August/September 2018 wird der Haushaltsplan für die Ausschusmitglieder im Internet zur Verfügung gestellt, daran können dann die Fraktionsgespräche anschließen. Die Verabschiedung des Doppelhaushaltes ist mit der Gremienrunde am 26.09.2018 geplant. Im Startwert wird von einem hohen Defizit ausgegangen (Ergebnishaushalt Jahresergebnis 2019 17,2 Mio. EUR, 2020 14,2 Mio. EUR, im Finanzhaushalt für 2019 10,0 Mio. EUR, 2020 8,0 Mio. EUR, +Tilgung von 3,0 Mio. EUR, + nicht aufgenommene Kredite). Um eine Haushaltsgenehmigung zu erreichen, wird in den Gesprächen ein Haushaltsausgleich angestrebt.

Mit dem Beschluss zur Schaffung von ausreichenden Kita-Plätzen wurde der Oberbürgermeister beauftragt, mit den zuständigen Stellen beim Landkreis bestimmte Punkte abzuklären. Hierzu nimmt Herr Dr. Fassbinder Stellung:

- 1) Ein Konzept über die Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen vorzulegen.

Ein Konzept wird nicht benötigt; der tatsächliche Bedarf wurde ermittelt und in der aktuellen Stunde der Bürgerschaft vorgestellt; er wird weiterhin fortgeschrieben.

- 2) Eine Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen für die Jahre 2018 – 2022 durchzuführen.

Der Bedarf ist vorgelegt worden und wird ständig überarbeitet.

- 3) Im Falles eines Fehlens an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen ein detailliertes Konzept zur Lösung unter Einbeziehung von freien Trägern bis zum 04. Juni 2018 vorzulegen.

Zu diesem Punkt wurde der Landkreis angeschrieben und um Zuarbeit gebeten. Diese erfolgte nicht im Sinne eines Konzeptes, sondern wurde im Kitagipfel und in der aktuellen Stunde der Bürgerschaft erörtert.

- 4) Einen Vorschlag, wie alle im Bereich der UHGW tätigen Träger von Kindertageseinrichtungen, Tagesmütter und Tagespflegestellen zur Teilnahme am Kitaportal - des Landkreises Vorpommern- Greifswald – verpflichtet werden können.

Der Landkreis wurde gebeten, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

- 5) Einen gemeinsamen öffentlichen Kitagipfel z. B. mit VertreterInnen des Eigenbetriebes Hansekinder, der freien Träger, der Stadtverwaltung der UHGW, der Verwaltung des Landkreises V-G und den zuständigen ElternvertreterInnen (z. B. GER) durchzuführen.

Der Kitagipfel wird am 20.06.2018 stattfinden.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Sitzungsende

Die Sitzung wird um 19:23 Uhr beendet.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll